

Sicherheit für die Schweiz

Kriminalität bekämpfen, nicht die Menschen

Selbstversorgungsgrad erhöhen

Milizsystem abschaffen, eine moderne Armee aufbauen

Kein pay to win Strafsystem, angemessene Strafen sicherstellen



Sicherheit hat viele Dimensionen – angefangen im eigenen Zuhause. Allein 2024 gab es 13 Femizide. Gewalt gegen Frauen und Vergewaltigungen sind zu bekämpfen. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, dass jedes 20. Kind in der Schweiz zuhause Gewalt erlebt.

Doch das ist nur eine Dimension von Sicherheit. Auch ausserhalb des Hauses geht sie weiter. Einbrüche, Diebstähle und Raubüberfälle bedrohen Menschen jeden Tag. Wird man mit dem Auto angefahren, kommt eine weitere Gefahr hinzu. Verkehrsunfälle führten 2024 zu 1'600 Schwerverletzten.

Stattdessen könnte man den ÖV nehmen. Leider gibt es Menschen, die sich aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse kein Ticket leisten können.

Wenn du erwischt wirst und die Strafe nicht zahlen kannst, gehörst du zu über 50 % der Gefängnisinsassen, die – wie du – die ÖV-Busse nicht bezahlen konnten.

Oder man wird drogenabhängig, vielleicht weil man ein Trauma aus der Kindheit nicht verarbeiten kann. Doch auch neue Gefahren warten auf uns. Im ersten Halbjahr 2024 wurden über 34'000 Meldungen von Cyberangriffen auf die Schweiz verzeichnet. Russland führt einen Cyberkrieg gegen uns.

Dann der Grenzschutz: Die Schweizer Armee hat ein kleines Budget im Vergleich zu ihrer Mannstärke. Das ist eine Schwäche. Sie sollte zu einer kleinen, dynamischen Techno-Armee ausgebaut werden.

Kriminalität solidarisch, fair und wirksam bestrafen.

In der Schweiz sitzen aktuell mehr als 6'800 Personen in Gefängnissen. Es besteht somit noch Kapazität für 400 weitere Personen. Das ist ausreichend, aber dennoch ausbaufähig. Die Belegungsrate ist so hoch wie seit 2017 nicht mehr. Das liegt jedoch nicht daran, dass die Anzahl der Insassen gestiegen ist, sondern daran, dass die Gesamtzahl der Haftplätze reduziert wurde.

Vergehen werden in der Schweiz relativ häufig aufgedeckt. Dies unterscheidet sich jedoch stark je nach Deliktbereich.

Delikte gegen Leib und Leben: 86.5%

Delikte gegen sexuelle Integrität: 86.5%

Vermögensdelikte: 24.3%

Es zeigt sich, dass beispielsweise Mord und Vergewaltigung sehr zuverlässig aufgedeckt werden. Gleichzeitig werden Vermögensdelikte, darunter unter anderem Steuerhinterziehung, nur selten aufgedeckt.

Keine Freiheitsstrafen für Bagatelldelikte.

Härtere Strafen für Steuerhinterziehung

Härte Strafen für Pädophilie, Vergewaltigung und Mord.

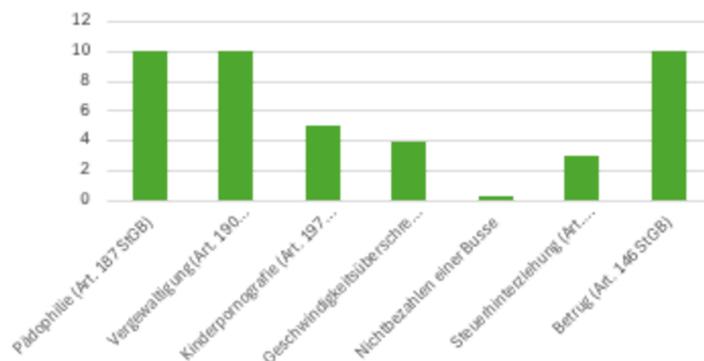
Es trifft die Falschen:

Von den über 6'800 Sträflingen in der Schweiz sind mehr als die Hälfte wegen Schwarzfahrens und anschliessendem Nichtzahlen der Busse im Gefängnis. Somit zahlt die Gesellschaft für jede dieser Personen 200 Franken pro Häftling und Tag – nur um gegen die unterste Schicht vorzugehen.

Grund für Inhaftierungen



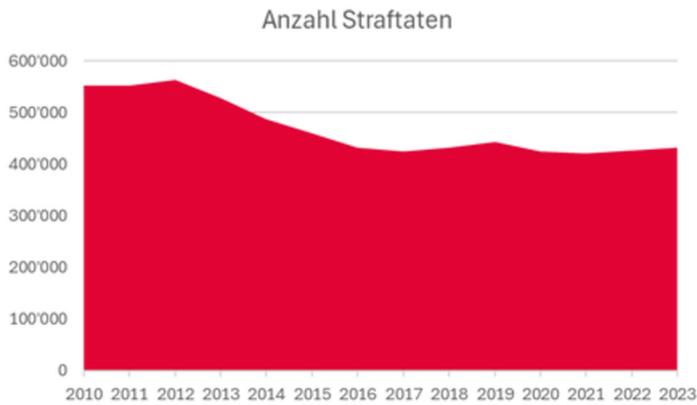
Maximalstrafen



Bleichzeitig zeigt sich auch, dass die Maximalstrafen in keinem Verhältnis zueinander stehen. Während Steuerbetrüge, welche dem Staat Millionen kosten nur bis drei Jahren bestraft wird, ist es bei Reaserdelikten bis zu vier Jahren Gefängnis, welche man Antreten müsste. Gleichzeitig wird Drogenhandel oft mit mehrere Haftjahren verurteilt wird, kommt es bei Körperverletzung mit bleibendem Schaden teilweise nur zu Bewährungsstrafen. Und wie bisher schon angesprochen können oft die Schwächsten in der Gesellschaft keine Busse für Bagatelldelikte zahlen. Diese landen dann im Gefängnis und mache 53% der inhaftierten aus.

Jeder Schweizer sollte sich sicher fühlen. Aus diesem Grund müssen Straftaten wie Raub, Überfall oder Körperverletzung effizient und schnell geahndet werden.

Und es zeigt sich auch: Investitionen in Sicherheit lohnen sich. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Straftaten kontinuierlich gesunken.



Zwar hat sich der Trend seit Corona umgedreht, trotzdem ist die absolute Zahl an Straftaten trotz der rasanten Zuwanderung gesunken.

Dennoch dürfen aufgrund dieser Trendwende die Investitionen in die Polizei und andere Sicherheitsinfrastruktur nicht gesenkt werden. Gleichzeitig müssen jedoch die Kosten reduziert werden. Das erreicht man am besten, indem keine Freiheitsstrafen für Bagatelldelikte verhängt werden. Nicht nur sind diese moralisch fragwürdig, sie verursachen auch hohe Kosten. Vielmehr sollte unser Sozialsystem so gestaltet sein, dass es gar nicht erst nötig wird, beispielsweise schwarz zu fahren. Denn dann gäbe es keine Ausrede mehr, rechtswidrige Handlungen zu begehen – und diese könnten im Anschluss konsequent bestraft werden.

Terror Bekämpfen

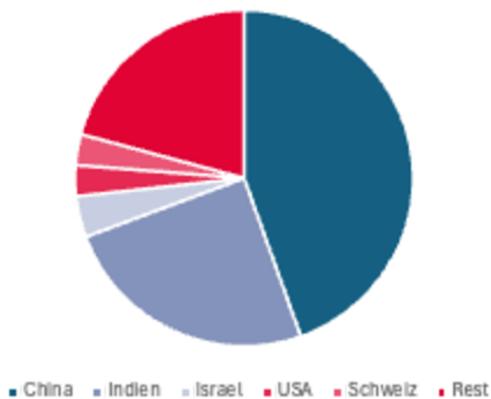
Terrorismus wird heute wieder mehr eine Bedrohung. Der Krieg im Nahen Osten hat diverse Muslime radikalisiert. Die ehemals westlichen Nationen haben sich mehrheitlich hinter Israel gestellt. Das hat zu Empörung aus den islamischen Ländern geführt. Fakt ist, dass es 2024 in der Schweiz 48 Risikopersonen gab. Das sind Personen, bei denen der Verdacht besteht, einen Anschlag zu verursachen. Die Schweiz muss sich auf eine Zeit mit mehr Anschlägen gefasst machen. Das perfide ist, dass zwar einiges investiert werden kann in die Bekämpfung investiert werden kann, aber nie alles verhindert werden kann. Trotzdem müssen folgende Schritte umgesetzt oder ausgebaut werden:

1. Prävention: Es muss eine Früherkennung von radikalen Zügen institutionalisiert werden. Beispielsweise, wenn man einfach online über ein Online-Tool angeben kann, ob eine Gefahr besteht oder nicht. Das darf zwar nicht so einfach sein, weil es sonst zu viele Meldungen gibt, trotzdem ist es eine gute Methode, alle Augen und Ohren zu nutzen, um Terror zu bekämpfen. Der Geheimdienst soll in dieser Richtung ausgebaut werden.
2. Internationaler Austausch fördern: Die Schweiz soll sich weltweit sowie speziell in Europa für eine internationale Strafverfolgung einsetzen. Der Austausch muss vereinfacht und der Zugriff für die Grenzschutzpolizei ermöglicht werden.
3. Die Ursache des Problems angehen: Die Schweiz soll sich international sowie inländisch für Waffenkontrollen einsetzen, welche anschliessend nicht für Terrorismus genutzt werden können.

Gesundheit

Wir haben im letzten Jahrhundert riesige Fortschritte im Bereich Gesundheit gemacht. Unser Leben ist dadurch sicherer, aber auch komplexer geworden. Insgesamt gibt es heute wahrscheinlich mehr als 150'000 Medikamente, und weitere 22'000 befinden sich in Entwicklung. Die Schweiz ist bekannt für ihre Pharmaindustrie. Und doch ist sie – oder gerade deshalb – stark vom Ausland abhängig. Beispielsweise werden über 80 % der Wirkstoffe in nur fünf Ländern produziert.

Anteile Medikamentenimporte aus der EU



Gerade die Abhängigkeit von China ist riskant. Zwischen einem drohenden Handelskrieg und einer möglichen weiteren Pandemie können Synergien entstehen, die die Gefahr zusätzlich verstärken. Die Schweiz bezieht die meisten Pharmaprodukte aus der EU, Indien und China und steht damit vor den gleichen Herausforderungen wie die EU selbst.

Die Schweiz produziert viele Medikamente selbst. Dennoch besteht aktuell ein Mangel an 700 Medikamenten. Zudem ist sie insbesondere bei den Wirkstoffen auf Importe aus anderen Ländern angewiesen. Da für die Produktion eines Medikaments 10 bis 20 Schritte notwendig sind, birgt auch diese Lieferkette erhebliche Risiken.

Einführen eines „Selbstversorgungsgrades“ wie bei Agrarprodukten.

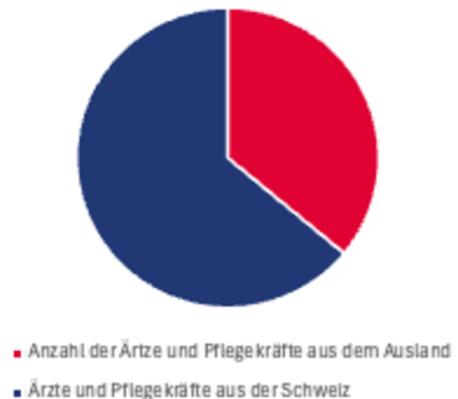
Einführen einer „Rückhaltepflicht“ für Pharmaunternehmen, wodurch mehr Vorräte angeäuft werden

Einsetzen für eine stärkere WHO

Aber auch in einem anderen Bereich ist die Schweiz massgeblich vom Ausland abhängig. Pflegekräfte stammen im Schnitt zu einem Drittel aus dem Ausland, bei Ärzten ist der Anteil noch höher. Auch wenn das Risiko einer geringeren Migration weniger unmittelbar erscheint als beispielsweise ein Lieferkettenunterbruch, ist diese Gefahr ernst zu nehmen.

So könnte etwa die SVP mit der „Nachhaltigkeitsinitiative“ das gesamte Gesundheitssystem in Gefahr bringen. Dies würde nicht nur zu erhöhten Krankenkassenprämien führen, sondern auch zur Schliessung von Spitälern, da diese sich das benötigte Personal nicht mehr leisten könnten. Dies hätte wiederum direkte Auswirkungen auf den Zivildienst.

Abhängigkeit von Gesundheitspersonal



Eine Lösung zu finden ist schwierig. Es stehen einige Vorschläge auf dem Tisch, die entweder schädlich für die Wirtschaft oder nicht mehrheitsfähig sind. Beispielsweise könnte man den gesamten Pharmasektor verstaatlichen. Angesichts der Wichtigkeit für den Schweizer Wohlstand ist dies jedoch kaum möglich. Eine weitere Möglichkeit sind Subventionen oder eine Verbesserung der Produktionsbedingungen in der Schweiz. Beides würde allerdings die Staatsquote erhöhen und langfristig eher schaden als nützen.

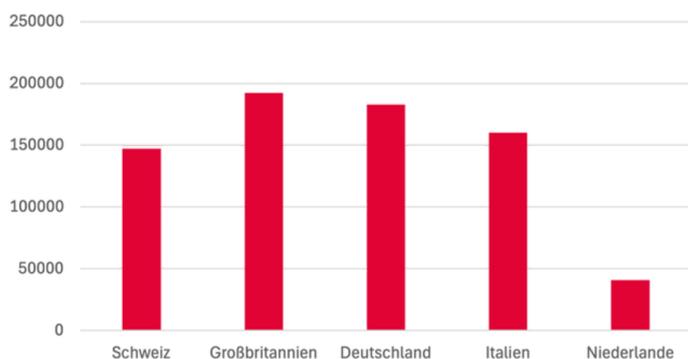
Mit bilateralen Abkommen, etwa mit Indien, könnte man mehr Transparenz schaffen, das Problem aber nicht lösen. Eine internationale Behörde, bei der Unternehmen rechenschaftspflichtig sind und die eine bessere Übersicht über die Lieferketten ermöglicht, könnte zu einer frühzeitigen Krisenerkennung führen, wäre aber schwer umsetzbar. Trotzdem sollten meine Forderungen zu einer Verbesserung der Ist-Situation führen.

Bei der Abhängigkeit von ausländischem Personal sind die Möglichkeiten begrenzt, ausser die Ausbildung und den Beruf attraktiver zu machen. Schritte in diese Richtung hätten jedoch nur eine geringe Wirkung. Es bleibt zu hoffen, dass das Stimmvolk nicht von der SVP manipuliert wird, dieser Initiative zuzustimmen.

Die Schweizer Grenzen sichern

Die Schweizer Armee hat aktuell ca. 146'000 Soldaten, die grosse Mehrheit davon Milizsoldaten. Das führt dazu, dass die Schweizer Armee, gemessen an ihrer Grösse, zu den mannstärksten der Welt gehört. Im Jahr 2024 wurde entschieden, dass die Armee wieder den Fokus auf ihre Kernaufgabe, die Landesverteidigung, setzen soll. Das bedeutet, die Schweiz muss gegen alle Gefahren, inklusive einer Invasion, vorbereitet sein. Das kostet. Bis 2035 möchte der Bundesrat einen bestimmten Prozentsatz des BIP in die Armee investieren, obwohl wir uns bereits heute – gemessen an der Anzahl „Boots on the Ground“ – mit Ländern wie Italien, Grossbritannien und Deutschland vergleichen können, die zusätzlich eine Marine unterhalten müssen.

Anzahl Soldaten 2023



Heute hat die Schweizer Armee mit zahlreichen Problemen zu kämpfen. Beispielsweise versucht sie seit 10 Jahren, die digitale Plattform NDP zu schaffen, und macht kaum Fortschritte. Gleichzeitig ist unsere Artillerie veraltet, genauso wie der Grossteil unserer Panzer. Das ist ein Problem.

Gegen diese Panzeraufrüstung könnte man argumentieren, dass Panzer in der Ukraine keine grossen Vorteile bringen, da sie viel zu teuer sind. Dies lässt sich jedoch nur bedingt auf andere Konflikte übertragen, da der Krieg dort – bedingt durch knappe Geldreserven und gleichzeitig hohe Produktionskapazitäten – mit begrenzten Bodentruppen auf ukrainischer Seite zu einem Drohnen-Artillerie-Infanteriekrieg geworden ist. Trotzdem lässt sich daraus ableiten, wie sich ein deutlich kleineres Land effektiv gegen einen Gegner verteidigen kann, der nahezu unbegrenzte Truppenressourcen hat und nicht davor zurückschreckt, diese kalt zu opfern.

Die Schweiz muss stärker zu einer digitalen Informationsarmee umgestaltet werden. Ähnlich wie Israel muss sie durch hochmoderne Technik und Mobilität im Gelände der Schweiz einen Vorteil erarbeiten. Das heisst: weniger Panzer, mehr Artillerie, Drohnen und hybride Kriegsmöglichkeiten.

Die Aufgabe der Armee ist es, die Schweiz vor sämtlichen Bedrohungen zu schützen. Doch sie ist derzeit nicht in der Lage, dieser Verantwortung umfassend nachzukommen. Russland führt einen Krieg gegen den Westen, und die Schweizer Armee verfügt nur über begrenzte Verteidigungsmöglichkeiten. Im Jahr 2024 wurde die Schweiz alle 8,5 Minuten Ziel eines Cyberangriffs, wobei die meisten Attacken aus dem Ausland stammten. Die Armee trägt daher eine zentrale Verantwortung, solche Angriffe in Zusammenarbeit mit Unternehmen und zivilen Behörden abzuwehren. Angesichts dieser veränderten Bedrohungslage muss sie sich anpassen und sich verstärkt auf die Abwehr hybrider Angriffe ausrichten. Dazu gehört die Bereitstellung einer sicheren Backup-Cloud für alle Schweizer Unternehmen, um kritische Daten vor Cyberangriffen zu schützen. Zudem müssen eigene Energiereserven aufgebaut werden, damit die Infrastruktur auch bei gezielten Angriffen stabil bleibt. Gleichzeitig muss die Cyberarmee weiter ausgebaut und sowohl für defensive als auch offensive Operationen gerüstet werden. Dafür ist eine klare Definition hybrider Angriffe notwendig, um gezielte Gegenmassnahmen zu ermöglichen. Neben der Cybersicherheit spielt auch die Aufklärung eine zentrale Rolle. Die Armee sollte 100'000 autonom operierende Drohnen entwickeln, die sich mithilfe künstlicher Intelligenz steuern und im Ernstfall als Reserve eingesetzt werden können. Darüber hinaus müssen die F-35-Kampffjets mit zusätzlichen Unterstützungsdrohnen ausgestattet werden, um das Risiko von Verlusten im Einsatz zu minimieren. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft erfordern eine Armee, die technologisch führend, flexibel und auf hybride Bedrohungen vorbereitet ist.

Nationale Backup - Cloud

Bei Hybriden Angriffen der Armee ermöglichen, hybrid zurückzuschlagen

Abschaffung der Wehrpflicht, Ausstattung der Armee mit 100'000 autonom operierenden Drohnen sowie einer weitreichenden Drohnen-Flugabwehr

Alleine geht es nicht mehr. Wir müssen uns international organisieren

Wir befinden uns im 21. Jahrhundert. Es scheint sich ein Konflikt anzubahnen. Asien, Europa, Afrika und der Nahe Osten. Überall stehen Konflikte vor einer Eskalation oder sind bereits eskaliert. 1939 hat die Schweiz mit Frankreich einen direkten Verteidigungspakt geschlossen. Bei einem Angriff Deutschlands hätten französische Soldaten die Schweiz verteidigt. Damals war die Armee nicht vorbereitet auf den Konflikt, weshalb wir unsere Neutralität derartig verraten haben. Man kann von Glück reden, dass Deutschland über diesen Vertrag nicht in Kenntnis war. Es darf nie wieder passieren, dass die Schweiz aufgrund eines Konflikts die Neutralität aufgeben muss. Viel eher muss sie dafür sorgen, dass sie Zugang zu allen relevanten Informationen hat. Sie muss sich mit den umliegenden europäischen Ländern für eine gemeinsame innovative Aufrüstung einsetzen.

Gleichzeitig ist zu vermeiden, dass sie direkt in PESCO eingebunden wird. PESCO ist das Programm der EU, eine eigene EU-Armee aufzubauen. Gleichzeitig muss sie aber von dieser Entwicklung profitieren. Seit Anfang 2025 ist sie Mitglied von Military Mobility, was Schweizer Soldaten ermöglicht, Truppen durch Nachbarländer zu verschieben. Heute besteht der Bedarf noch nicht, in Zukunft könnte sich das allerdings ändern.

Anfangs des Ukraine-Konflikts ist die NATO wiederauferstanden. Sie hatte wieder ein Ziel, eine direkte Bedrohung. Die neue faschistische Regierung in den USA hat Europa allerdings verraten. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sicherheitspolitisch. Während die Biden-Regierung noch als militärisch Verbündete mit Europa eingestuft werden kann, ist die USA zu einer realistischen militärischen Bedrohung für Europa geworden.

Der Anspruch der USA auf Grönland könnte Artikel 5 bei den europäischen Staaten auslösen und zu einem Konflikt zwischen den USA und der EU führen. Auch für die Schweiz hat das Konsequenzen. Die Wirtschaft muss darauf vorbereitet werden, möglicherweise nur noch reduziert Produkte auf dem amerikanischen Markt kaufen und verkaufen zu können. Ausserdem muss die Abhängigkeit vom Dollar reduziert werden. Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, dass eine internationale Währung von einer neuen internationalen Bank für den internationalen Handel eingesetzt wird.

Die Schweiz muss sich sicherheitspolitisch anpassen. Es muss ein vermehrter Austausch des Nachrichtendienstes mit befreundeten Ländern stattfinden. Gleichzeitig muss Satellitenaufklärung in Europa organisiert werden. Um früh ballistische Raketen abwehren zu können, ist ein Beitritt zu Sky Shield unvermeidbar für die Sicherheit der Schweiz. Ein möglichst naher Austausch mit diversen internationalen Partnern, welche unsere Werte vertreten, muss organisiert werden.

Gleichzeitig muss die Wirtschaft auf Handelskriege mit den USA vorbereitet werden. Auch wenn wir nicht direkt Sanktionen ergreifen würden, wären wir durch unsere Exporte in die EU betroffen. Die Schweiz hat eine gute Reputation. Donald Trump wird aussenpolitisch nur wenige Freunde haben. Es ist die perfekte Zeit, internationale Initiativen zur Bekämpfung der Abhängigkeit vom Dollar zu ergreifen. Die beste Lösung wäre eine internationale Bank, welche eine internationale Währung aufrechterhält. Die Schweiz würde sich als Sitz anbieten. Gerade deshalb hat die Schweiz Initiative zu ergreifen. Wichtig ist trotzdem, die USA nicht aussen vor zu lassen.

Enge Zusammenarbeit mit den europäischen Nachrichtendiensten

Wirtschaft darauf vorbereiten, sich von der amerikanischen Wirtschaft möglichst abzukoppeln

Internationale Initiative zur Reduzierung der Dollarabhängigkeit

Die Schweiz Katastrophensicher machen

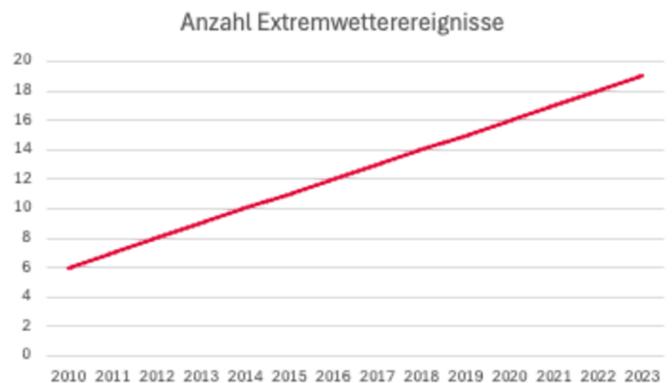


Der menschengemachte Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen in unserer Zeit. Der Fokus muss nicht nur auf die langfristige Bekämpfung, sondern auch auf die Absicherung gesetzt werden. Gerade Bauern, Städte und küstennahe Regionen sind besonders betroffen. In ärmeren und südlicheren Ländern ist die Gefahr noch grösser, da keine Gegenmassnahmen getroffen werden können. Die Schweiz kann das, macht es aber nur begrenzt.

Die Anzahl der Extremwetterereignisse in der Schweiz ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Und nicht nur arme Länder, sondern auch die reiche Schweiz war davon betroffen. Es musste gar ein Bergdorf evakuiert werden. Das zeigt: Man muss sich gegen mehr Extremwetterereignisse rüsten.

Klimaerwärmung in den Städten wird zum ernsthaften Problem für die Lebensqualität.

In Städten ist es durchschnittlich bis zu 10 Grad wärmer als auf dem Land. Das hat Folgen. Nicht nur müssen Strassen öfter saniert werden, sondern die Bevölkerung leidet direkt darunter. Im Sommer sind die Temperaturen so hoch, dass beispielsweise ältere Personen einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt sind. Ausserdem sinkt die Produktivität in den Städten. Das liegt unter anderem daran, dass der Asphalt und die Betonwände die Wärme speichern. Grünflächen können helfen, auch wenn sie nicht zu Normaltemperaturen führen.



Anbauen in der Schweiz wird immer schwieriger. Darunter leiden die Bauern

Es leben immer mehr Menschen auf der Welt. Das führt dazu, dass immer mehr Nahrungsmittel benötigt werden. Doch werden die Nährstoffe im Boden immer knapper, wenn immer mehr hergestellt werden muss. Die Regeneration gerät dadurch ins Stocken. Gleichzeitig zerstören Extremwetterereignisse die Ernte. Gerade für Kleinbauern wird das zum Problem. Zur Bekämpfung des Klimawandels müsste man so wenig Pestizide und so wenig Tiere wie möglich halten. Um den Ernteaussfällen entgegenzuwirken, ist man gezwungen, das Gegenteil zu tun. Für die Landwirtschaft ist das ein Problem.

Hochwasserschutz ausbauen

Bundesfeuerwehr für Extremwetterereignisse aufbauen

Mehr internationale Kooperation im Katastrophenschutz

Künstliche Intelligenz für präzisere Vorhersagen nutzen

Souveränität sichern

Die Schweiz ist ein eigenständiges Land. In der heutigen Zeit ist es jedoch nicht mehr so einfach, als Land eigene Entscheidungen zu treffen. Nicht nur Druck aus dem Ausland, sich fremden Mächten hinzugeben, sondern auch Druck aus dem Inland erschweren dem Bundesrat eine souveräne Politik, welche die Schweizer Interessen vertritt. Die SVP fordert als Reaktion auf Atomdrohungen eine Hingabe an die russische Föderation. Gegen den inländischen Druck kann der Bundesrat wenig machen. Doch aber gegen den ausländischen.

Was die Versorgung angeht, sind die meisten Industrienationen untereinander voneinander abhängig. Das ist grundsätzlich gut. Diese Abhängigkeit könnte den Frieden sichern, da jeder den Wohlstand riskiert, der einen Krieg anfängt. Gleichzeitig gibt es aber einige Bereiche, in denen die Schweiz ihre Abhängigkeit vom Ausland reduzieren muss. Das sind:

Serverdaten des Bundes / Rechnerkapazitäten

Medikamentenversorgung

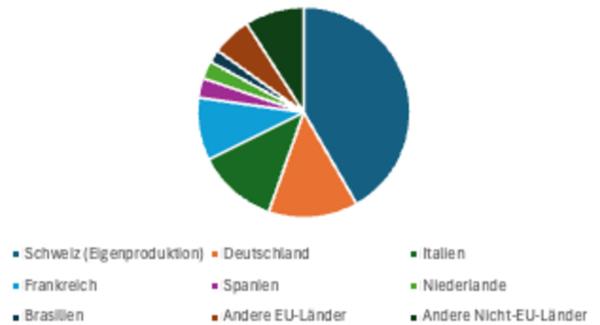
Energieversorgung

Nahrungsmittel

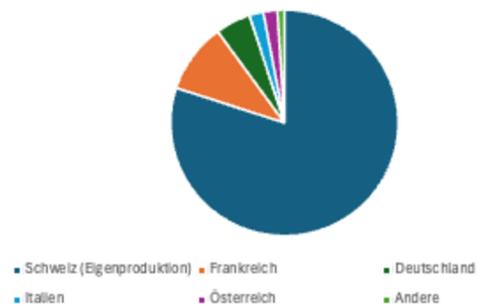
Um den Selbstversorgungsgrad in der Schweiz steht es grundsätzlich schlecht. Beispielsweise importieren wir 45% der Nahrungsmittel in die Schweiz. Dabei handelt es sich hauptsächlich um pflanzliche Produkte.

Um dem entgegenzuwirken, soll der Bund eigene Server aufrechterhalten, auf denen alle Daten von Unternehmen in der Schweiz als Backup installiert werden. Gleichzeitig müssen Pharmaunternehmen 10% von den Medikamenten, die sie im Jahr in der Schweiz verkaufen, zurückhalten. Der Bund kann autorisieren, dass auf diese zugegriffen wird. Parallel lagert der Bund eigene Medikamente. Um die Solarenergie zu fördern, subventioniert der Staat die Forschung und bildet eine Plattform für die Schweizer Solarbranche. Teile der Landwirtschaft sowie zusätzliche neue Höfe sollen durch den Staat gegründet werden.

Agrarimporte nach Herkunftsländer



Prozent der Stromversorgung nach Herkunftsland



Staatliche Server-Backups

Mindestlager für Medikamente bei Unternehmen und Staat festlegen

Investitionen in Schweizer Solaranlagen ausbauen. Forschung subventionieren und ein staatlich organisiertes Innovationslabor für die Solarindustrie schaffen.

Innovationsfonds, um die Landwirtschaft in der Schweiz produktiver zu machen

Staatliche Landwirtschaftsbetriebe eröffnen